

Datum: 13.12.2016

**Referat für Arbeit
und Wirtschaft**
Wirtschaftsförderung
Grundlagen der
Wirtschaftspolitik

**Keine automatische Benzinpreiserhöhung – München setzt sich gegen die Flexi-Steuer ein, Antrag Nr. 14-20 / A 02414 vom 22.08.2016
der Stadtratsfraktion Bürgerliche Mitte – BAYERNPARTEI / FREIE WÄHLER**

An das Referat für Gesundheit und Umwelt

RGU-UW

Rin	S	GS	GVO	UW	SFM	B
VR	Az:				EA	lvA
RDR	Referat für Gesundheit und Umwelt Bayerstr. 20a - Posteingangsstelle					Rsp
POA	20. Dez. 2016					zwV
RDA						Stgn
Vermerke:						
Kopie an:						
Termin:						

Mit Schreiben vom 17. November 2016 haben Sie das RAW bis zum 09.12.2016 um Stellungnahme zu o.g. Antrag vom 22. August gebeten.

Im August 2016 stellte das Bundeswirtschaftsministerium das „Grünbuch Energieeffizienz“ vor. Das Grünbuch ist seitens des Wirtschaftsministeriums als Diskussionsgrundlage, nicht aber als fertiges Konzept veröffentlicht worden, mit dem Ziel eine offene Diskussion zu starten. Die Frist der öffentlichen Konsultation zu diesem Grünbuch ist am 31. Oktober 2016 abgelaufen. Für Ende 2016 hat das Bundeswirtschaftsministerium eine Veröffentlichung angekündigt, die den Dialogprozess zusammenfasst und Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen enthält.

Im Grünbuch selbst wird lediglich der Ansatz formuliert, dass „Mechanismen für die Anpassung an Schwankungen der Rohstoffpreise für Energieträger“ denkbar wären. Als Instrument wird die Indexierung von Steuersätzen angeführt. (Grünbuch Energieeffizienz, Seite 22). Diese Möglichkeit wurde dann im August in den Medien als „Flexi-Steuer“ für kurze Zeit diskutiert.

Zu den vom RGU angefragten Möglichkeiten der Einflussnahme der Stadt München bezüglich der Einführung und Ausgestaltung der Flexi-Steuer kann im Referat für Arbeit und Wirtschaft nicht Stellung genommen werden. Hierzu wäre die Stadtkämmerei anzufragen.

Aus wirtschaftlicher Sicht sind bei der Flexi-Steuer drei Aspekte zu beachten: Steigende Energiekosten für die Münchner Unternehmen und für die Stadt München selbst, sowie eine umweltpolitische Wirkung.

Der Ansatz im Grünbuch sieht eine indexbasierte Besteuerung aller Rohstoffe vor. Die im Antrag genannte Flexi-Steuer wurde in der Presse und auch im vorliegenden Antrag nur auf die Kraftstoffpreise bezogen. Die Flexi-Steuer wäre, zumindest in der in den Medien dargestellten Konzeption, weniger eine zusätzliche Steuer, sondern eine Preisuntergrenze für Kraftstoffe. Der Anteil der Flexi-Steuer wäre umso höher, je niedriger der am Markt gehandelte Kraftstoffpreis ist, Preisschwankungen nach unten würden so zu Lasten der Verbraucher verhindert. Damit würden die Unternehmen, die Haushalte und die Landeshauptstadt München für ihren Fuhrpark, bzw. im Sinne des Grünbuches für ihren gesamten Rohstoffverbrauch, dauerhaft höhere Kosten ansetzen müssen.

Die Flexi-Steuer ist, auch wenn sie nur den Kraftstoffpreis nach unten begrenzen soll, in ihrer Wirkung eine Steuererhöhung. Die Flexi-Steuer ist damit zusätzlicher Kostenfaktor für die Unternehmen und auch für die Stadt München selbst, und daher aus Sicht des Referates für Arbeit und Wirtschaft abzulehnen.